

Aufgabe gerade dieser Generation sei es, bevor sie die Stafette an die nächste Generation weiterreiche, am Ende dieses Jahrhunderts einiges in Ordnung zu bringen.

Deshalb habe er mit dem Präsidenten darüber gesprochen, und es sei gemeinsamer Wunsch, daß das vereinte Deutschland und die Sowjetunion spätestens bis in einem Jahr einen umfassenden Vertrag abschließen, wobei man die alten Verträge ansehen müsse. Was ist überholt und obsolet? Was braucht man jetzt? Was braucht man für die Zukunft?

Dieser Vertrag solle umfassend sein: von der Wirtschaft über die Kultur, Technologie, Begegnung der jungen Generation, Sicherheitsfragen.

Zum letzteren Punkt habe man auch beim NATO-Gipfel in London wichtige Weichenstellungen getroffen: So sollten nun unter dem Dach der KSZE die Länder des Warschauer Paktes und der NATO miteinander eine gemeinsame Erklärung über Gewaltverzicht und Nichtangriff annehmen.¹⁰ Es wäre gut, wenn die Sowjetunion und die Deutschen dabei unter den ersten Unterzeichnern wären.

Präsident Gorbatschow dankt und unterstreicht, die Diskussion über die genannten Themenkomplexe müsse noch vertieft werden. Das gelte insbesondere für die mit der Vereinigung Deutschlands zusammenhängenden Fragen – hierzu habe man das Gespräch bereits aufgenommen, und er sei sicher, daß man mit konstruktivem Herangehen an diese Frage beiden Ländern, aber auch Europa insgesamt einen Dienst leisten werde.

Präsident Gorbatschow lädt sodann zum Mittagessen ein.

Kaestner

Nr. 353
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow
im erweiterten Kreis
Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990

BK, 213 – 30104 S 25 So 17, BK in der UdSSR, 15./16.7.1990, Hauptvorgang Bd. 2. – Vermerk des MDg Neuer, 18. Juli 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik erl.“ Hs. vermerkt: „H. Chef BK z.g.K. N[euer] 19.VII.“ – Gesprächsdauer: 10.00 bis 13.45 Uhr.

An dem Gespräch nahmen teil:

Auf deutscher Seite:

Bundeskanzler
BM Genscher
BM Waigel
BM Klein
Botschafter Dr. Blech
MD Teltschik
MD Dr. Kastrup
MD Dr. Haller
MDg Dr. Neuer (als Note taker)
Dolmetscher, Herr Weiß

Auf sowjetischer Seite:

Präsident Gorbatschow
AM Schewardnadse
Stellv. MP Sitarjan
Stellv. AM Kwizinskij
Botschafter Terechow
Sprecher Maslennikow
Dolmetscher, Herr Kurpakow

Der Bundeskanzler eröffnet das Gespräch und knüpft an die Vier-Augen-Gespräche mit Präsident Gorbatschow¹ an. Man solle jetzt schon mit der Vorbereitung der Arbeiten für einen langfristigen Vertrag beginnen. Als Zielvorstellung nennt der Bundeskanzler, daß der

¹⁰ Nr. 350 Anm. 6.

¹ Nr. 350.

Vertrag in einem Jahr fertig sein solle. Er sei von der Regierung des vereinigten Deutschland zu unterzeichnen und von dessen Parlament zu billigen.

Präsident Gorbatschow bemerkt, diese Auffassung des Bundeskanzlers entspreche der Logik, auch in bezug auf die Lehren der Geschichte und die Realitäten. Es sei dies eine offene und ehrliche Position. Er glaube, man werde auch in der DDR Verständnis dafür haben.

Der Bundeskanzler sieht hierin kein Problem. Bisher habe er es aus psychologischen Gründen vermieden, so aufzutreten, als ob wir die Regierung des ganzen Deutschland seien. Er wolle nochmals betonen, daß es sich um einen umfassenden Vertrag handeln solle, der alle Gebiete, auch Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einbeziehen solle. Die bisher bestehenden Verträge sollten überprüft und in den neuen Vertrag, soweit sie für die Zukunft noch bedeutsam seien, übernommen werden.

Präsident Gorbatschow fragt, ob der Bundeskanzler mit diesem Vertrag eine langfristige Perspektive für die deutsch-sowjetischen Beziehungen eröffnen wolle.

Der Bundeskanzler bejaht. Dies sei der Sinn des Vertrags.

Präsident Gorbatschow betont, daß es für das sowjetische Volk sehr wichtig sei, die Beziehungen zu regeln.

Der Bundeskanzler nennt als Ziel eine neue auf Dauer angelegte Qualität der Beziehungen.

Außenminister Schewardnadse wirft ein, der Vertrag könne später unterzeichnet werden, solle jedoch bis zum November 1990 vorbereitet werden. Einige Bestimmungen solle man schon aushandeln, da es sonst schwierig sei, das Vertragswerk rechtzeitig durch den Obersten Sowjet zu verabschieden.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was die sowjetische Seite für den Obersten Sowjet benötige.

AM Schewardnadse hält einen Briefaustausch für erforderlich.

Präsident Gorbatschow fügt hinzu, daß darin eine Absichtserklärung enthalten sein müsse.

Der Bundeskanzler bezeichnet ein solches Vorgehen als unproblematisch. Man könne folgendes vereinbaren: Er schreibe einen Brief an Präsident Gorbatschow, der gemeinsam von der deutschen und der sowjetischen Seite erarbeitet werde und eine Erklärung mit dem beabsichtigten Inhalt des abzuschließenden Vertrags enthalte.

Präsident Gorbatschow wirft ein, in dem Brief solle die Meinung der DDR berücksichtigt sein.

Der Bundeskanzler führt aus, MP de Maizière könnte einen Brief schreiben, in dem er sich seinem eigenen Brief anschließe. Ein Konsens werde zwischen uns und der DDR direkt hergestellt. Gespräche über den Vertrag würden also zwischen uns und der sowjetischen Seite stattfinden. In diesen Gesprächen solle der Entwurf eines Briefes erarbeitet werden, den er selbst an Präsident Gorbatschow schreibe. Dieser Brief werde von der DDR gebilligt.

Präsident Gorbatschow erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Der Bundeskanzler schneidet das Thema der Verhandlungen 2+4 an. Zentrales Ziel sei die volle Souveränität ohne jede Einschränkung für das wiedervereinigte Deutschland. Dazu seien eine Reihe von Themen zu besprechen. Zu nennen sei z. B. das Verhältnis zu Polen, d. h. die Anerkennung der Grenze. Der Bundeskanzler weist auf die klare Entschließung der Volkskammer und des Bundestags hin.² Mit der polnischen Seite seien noch Gespräche zu führen. Er werde versuchen, einen umfangreichen Vertrag mit Polen abzuschließen. Polen wolle das auch. Dieser Vertrag könne nach der Vereinigung gleich abgeschlossen werden.

Präsident Gorbatschow stellt die Frage, womit die Aufgabe der 2+4-Gespräche ende.

BM Genscher führt aus, sie werde mit einem abschließenden Dokument beendet. Dieses Dokument solle bis zu der KSZE-Gipfelkonferenz im November in Paris erarbeitet sein und

2 Nr. 322 Anm. 3.

danach unterzeichnet werden. Das Ergebnis solle sein, daß ein vereinigtes Deutschland die volle Souveränität erhalte und keine Fragen offenblieben.

Präsident Gorbatschow stellt fest, es werde sich also um ein Dokument mit prinzipiellen Antworten handeln. Das neue Deutschland werde aus der heutigen DDR, der Bundesrepublik und Berlin bestehen und auch einen Verzicht auf ABC-Waffen aussprechen.

BM Genscher bejaht dies und bemerkt, daß die Vereinbarung „abschließende völkerrechtliche Regelung“ heiße.

Präsident Gorbatschow fährt fort, daß mit der Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands einige Hauptprinzipien festgestellt werden müßten, nämlich auch die Nichtausdehnung der militärischen Strukturen der NATO auf das Gebiet der heutigen DDR. Über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in der DDR solle ein separater Vertrag abgeschlossen werden.

BM Genscher bemerkt, in dem abschließenden Dokument müsse festgestellt werden, daß Deutschland das Recht habe, sich einem Bündnis seiner Wahl anzuschließen. Es sei klar, daß dies die NATO sein werde.

Präsident Gorbatschow wünscht, daß die NATO nicht ausdrücklich erwähnt wird. Wenn Deutschland die volle Souveränität habe, sei dies ohnehin klar.

Der Bundeskanzler schlägt vor, sich den Sachthemen zuzuwenden. Er stellt nochmals fest, das vereinigte Deutschland werde nach Auffassung beider Seiten die volle Souveränität haben.

BM Genscher fügt hinzu, man sei sich auch darüber einig, daß das vereinigte Deutschland das Recht der Zugehörigkeit zu einem Bündnis habe und daß dies die NATO sei, ohne daß dies ausdrücklich erwähnt werden müsse.

Der Bundeskanzler faßt zusammen, die volle Souveränität enthalte das Recht zur Bündniszugehörigkeit, diese Bündniszugehörigkeit sei die NATO. Eine ausdrückliche Erwähnung in dem Dokument sei deshalb nicht erforderlich.

Präsident Gorbatschow stimmt dieser Zusammenfassung zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, der Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen stehe fest. Es sei ferner über eine Aufenthaltsregelung für die sowjetischen Truppen in der heutigen DDR gesprochen worden. Diese Regelung solle auch nach unserer Auffassung ein bilateraler Vertrag sein. Dieser Vertrag müsse jetzt ausgearbeitet werden. Er schlage hierzu das gleiche Procedere vor: Die sowjetische und die deutsche Seite verhandeln miteinander; die deutsche Seite stimmt sich intern mit der DDR ab.

Präsident Gorbatschow stimmt zu. Er bezeichnet die Frage der Regelung des Aufenthalts sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR als einen der wichtigsten Punkte. Dieser Punkt sei verbunden mit der Festlegung der Nichtausdehnung der NATO-Strukturen auf dieses Gebiet. Die Zusage der Nichtausdehnung der NATO-Strukturen stelle nicht die Souveränität des vereinigten Deutschland in Frage. Es sei dies in der Sphäre der bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Über den Truppenaufenthalt müsse ein separater Vertrag für eine bestimmte Zeit abgeschlossen werden.

BM Genscher hält fest, daß ein vereinigtes Deutschland voll souverän sei und daß für eine bestimmte Zeit die Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR vorgesehen werde. Grundlage und Voraussetzungen dieser Stationierung würden in einem bilateralen Vertrag zwischen dem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion geregelt.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß der Vertrag bis November 1990 ausgearbeitet sein müsse. Er wiederholt seinen Vorschlag, Präsident Gorbatschow in einem Brief den Inhalt des Vertrags mitzuteilen und intern diesen Inhalt vorher mit der DDR abzustimmen. Diese bilaterale Vereinbarung zwischen dem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion müsse jetzt schon vorbereitet werden.

Präsident Gorbatschow bezeichnet als nächsten wichtigen Punkt die Zusicherung, daß die Strukturen der NATO nicht auf DDR-Gebiet erstreckt werden, solange dort sowjetische Truppen stationiert seien. Es sei für ihn dann leichter, in der Sowjetunion Verständnis dafür zu finden, daß das vereinigte Deutschland das Recht habe, sein Bündnis zu wählen, und daß dies die NATO sei. Es sei klar, daß das vereinigte Deutschland in der NATO bleibe. Eine Erstreckung des NATO-Gebiets dürfe jedoch so lange nicht stattfinden, wie sowjetische Truppen in der DDR seien. Präsident Gorbatschow fügt hinzu, er brauche Argumente, um der sowjetischen Bevölkerung die Lage zu erklären. Die vorgeschlagene Lösung sei mit der Wiederherstellung der Souveränität des vereinigten Deutschland verbunden. Das neue souveräne Deutschland erkläre, daß es Verständnis für die sowjetischen Sorgen habe und keine Erstreckung der NATO auf das Gebiet der DDR erfolge.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies gelte nur, solange die sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR stünden.

Präsident Gorbatschow fährt fort, wenn die sowjetischen Truppen dann abzögen, sei die Situation vielleicht so, daß die Truppenstärken nach Wien II reduziert würden. Die sowjetische Seite werde keine Erklärung des Inhalts abgeben, daß eine Erstreckung des NATO-Gebiets auf das Gebiet der heutigen DDR nach dem Abzug der sowjetischen Truppen erfolge, und Deutschland solle dies auch nicht tun.

BM Genscher fügt hinzu, es müsse nur klar sein, daß das souveräne Deutschland das Recht habe, dies zu tun. Es werde nach der Lage entschieden, wie sie sich darstelle, aber Deutschland werde hierdurch in seiner Entscheidungsfreiheit nicht eingeschränkt.

Präsident Gorbatschow stimmt zu.

BM Genscher fährt fort, die Entscheidung erfolge dann in Ausübung der deutschen Souveränität.

Außenminister Schewardnadse bemerkt, es handele sich um eine sehr ernste Frage. Man dürfe nicht zulassen, daß nach einem Abzug der sowjetischen Truppen die NATO-Strukturen auf das Gebiet der DDR erstreckt und dort Nuklearwaffen stationiert würden.

Der Bundeskanzler faßt als Ergebnis des bisherigen Gesprächs zusammen:

1. Die volle Souveränität wird mit der Vereinigung Deutschlands sofort erreicht.
2. Zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Sowjetunion wird eine Vereinbarung über den Abzug der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR getroffen. Die sowjetischen Truppen bleiben für eine bestimmte Frist aufgrund eines bilateralen Vertrags in der heutigen DDR. Dieser bilaterale Vertrag solle jetzt zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet werden. Hierbei werde eine interne Abstimmung unserer Seite mit der DDR erfolgen.
3. Es sei die Entscheidung des souveränen Deutschland, welchem Bündnis es sich anschließe. Wir sagten, wir würden Mitglieder der NATO sein. Jetzt müsse eine Formulierung gefunden werden, die festlege, daß für die Zeit der Anwesenheit sowjetischer Truppen in der DDR die Strukturen der NATO nicht auf dieses Gebiet erstreckt werden. Es sei dann Sache des souveränen Deutschland, wie es sich nach dem Abzug der sowjetischen Truppen weiterhin entscheide. Es sei uns klar, daß dies einige Jahre dauern würde; unser Ziel müsse sein, uns nicht gegenseitig unnötig zu belasten.

Außenminister Schewardnadse kommt nochmals auf die Frage der Erstreckung der NATO-Strukturen zurück. Er bemerkt, die NATO-Strukturen dürften sich nicht auf das Gebiet der heutigen DDR erstrecken. Auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen dürfe dieses Territorium nicht gegen den Willen der SU hierzu benutzt werden. Beim Abschluß eines Vertrages müsse dies berücksichtigt werden.

Präsident Gorbatschow wirft ein, wenn in der bilateralen Vereinbarung gesagt werde, nach dem Abzug der sowjetischen Truppen werde nichts unternommen, was die Sicherheit der Sowjetunion beeinträchtige, so stelle dies keine Einschränkung der Souveränität Deutsch-

lands dar. Es solle nicht niedergeschrieben werden, daß das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO werde, aber die sowjetische Seite meine dies. Es solle auch nicht geschrieben werden, daß die DDR nach dem Abzug der sowjetischen Truppen nicht NATO-Gebiet werde, aber die sowjetische Seite habe dieses Verständnis, insbesondere dürften keine Nuklearwaffen stationiert werden. Eine gesamtdeutsche Bundeswehr dürfe auf diesem Gebiet stationiert sein.

BM Genscher macht Gorbatschow darauf aufmerksam, er habe zuvor gesagt, Deutschland werde nach dem Abzug der sowjetischen Truppen in seiner Souveränität entscheiden. Jetzt sage er, er gehe von dem Verständnis aus, daß keine Erstreckung der NATO-Strukturen erfolge. Dies sei eine Änderung der sowjetischen Position.

Präsident Gorbatschow bestreitet dies. Er wiederholt:

1. Keine Erstreckung des NATO-Territoriums auf das Gebiet der heutigen DDR, solange sowjetische Truppen dort anwesend seien. Über den Aufenthalt der Truppen solle ein Vertrag abgeschlossen werden.
2. Er gehe davon aus, daß die NATO-Strukturen sich nicht auf dieses Gebiet erstrecken, ohne daß dies in dem Vertrag gesagt werde.

BM Genscher stellt die Frage, ob in dieser Zeit, d. h. der Zeit der Anwesenheit sowjetischer Truppen, deutsche Streitkräfte in der DDR stationiert sein könnten, die nicht in die NATO-Verbände integriert seien. Ob man sich hierüber einig sei?

Präsident Gorbatschow bejaht diese Frage mit der Begründung, Deutschland habe ja die volle Souveränität.

BM Genscher spricht das Problem der Streitkräfte der Vier Mächte in Berlin an. Diese Streitkräfte seien dort aufgrund von Rechten, die mit der Vereinigung Deutschlands und dessen Souveränität erlöschen würden. Unser Interesse sei es, daß alle Militärkontingente aufgrund neuer vertraglicher Grundlagen in Berlin bleiben, solange die sowjetischen Truppen in der DDR stationiert seien. Diese Kontingente sollten allerdings nicht stärker sein als jetzt.

Kwizinskij betont, daß in Berlin auch sowjetische Truppen anwesend sein sollten und daß die Anwesenheit aller Truppen auf der Grundlage von 1945 erfolge, d. h., daß sie] nicht mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet sein sollten.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

BM Genscher faßt zusammen: Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ist das vereinigte Deutschland voll souverän. Es erfolge keine Ausdehnung der Strukturen der NATO auf das Gebiet der heutigen DDR, solange die sowjetischen Streitkräfte dort weilten. Über die Dauer des Aufenthalts dieser Streitkräfte und andere damit zusammenhängende Fragen werde ein bilateraler Vertrag zwischen dem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen. Außer den sowjetischen Streitkräften auf dem Gebiet der heutigen DDR würden auch deutsche Streitkräfte dort stationiert, jedoch nur solche, die nicht in die NATO integriert seien. Was ganz Berlin angehe, so sollten die dort stationierten Streitkräfte der Vier Mächte nach Herstellung der deutschen Souveränität ebenfalls auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen für die Dauer der Anwesenheit der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR dort bleiben. Die Truppenstärke in Berlin solle nicht höher sein als jetzt; die bilateralen Vereinbarungen sollten die gleichen Bestimmungen betreffend Ausrüstung und Bewaffnung enthalten. Die Anwesenheit der Streitkräfte der Vier Mächte aufgrund bilateraler Vereinbarungen schließe die Anwesenheit deutscher Truppen, die nicht in die NATO integriert seien, in Berlin nicht aus.

Präsident Gorbatschow erklärt sich mit dieser Zusammenfassung einverstanden. Die sowjetischen Truppen würden nach einem bestimmten Zeitraum abziehen; vorher erlange das vereinigte Deutschland schon die volle Souveränität. Die Zugehörigkeit des vereinigten Deutschlands zur NATO werde nicht ausdrücklich niedergeschrieben. Die Stationierung der Bundeswehr sei wie bisher das souveräne Recht Deutschlands. Sicher müsse aber sein,

daß in diesen Raum nicht die NATO mit nuklearen Waffen oder NATO-Stützpunkten einziehe. Die Sowjetunion wolle nicht nur abziehen, sondern sie wolle auch keine Erstreckung des NATO-Territoriums.

BM Genscher wirft ein, wir hätten immer die Auffassung vertreten, daß keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen dürften. Dies müsse auch für das Gebiet der heutigen DDR gelten.

Präsident Gorbatschow bemerkt, das sei das souveräne Recht Deutschlands. Aber man spreche jetzt davon, daß keine NATO-Strukturen dort hinzukommen.

AM Genscher fährt fort, die Garantie der NATO für Deutschland gelte für das vereinigte Deutschland unabhängig von der Stationierung der NATO-Truppen.

Präsident Gorbatschow stimmt zu. Wenn jedoch fremde Truppen dort erschienen, werde man sagen, man könne kein Vertrauen zu den Deutschen haben.

AM Genscher stellt nochmals klar, daß mit der Wiederherstellung der Souveränität des vereinigten Deutschland die Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags³ für ganz Deutschland gelten.

Präsident Gorbatschow stimmt zu mit dem Zusatz, daß dies auch gelte, wenn die sowjetischen Truppen noch auf dem Gebiet der heutigen DDR seien. Jedoch dürften bei dem Abzug der sowjetischen Truppen keine in die NATO integrierten Truppen dorthin verlegt werden.

Der Bundeskanzler weist auf die Wichtigkeit dieser Feststellung hin. Mit der Erlangung der vollen Souveränität gelten die Artikel 5 und 6 für ganz Deutschland. Für die Dauer der Präsenz der sowjetischen Truppen in der DDR könnten auch Soldaten der gesamtdeutschen Bundeswehr dort stationiert sein. Es dürfe sich jedoch nicht um in die NATO integrierte Verbände handeln. Gleichzeitig würden Regelungen für Berlin in Form bilateraler Vereinbarungen mit den Vier Mächten getroffen. Bewaffnung und Zahl dieser Verbände wie bisher; auch Bundeswehrverbände könnten in Berlin stationiert werden. Der Bundeskanzler fährt fort, daß in dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland auch eine Sicherheitsgarantie bzw. ein Nichtangriffspakt enthalten sein solle. Zu diesem Vertrag würde es nicht passen, wenn wir nach einigen Jahren Nuklearwaffen auf das Gebiet der heutigen DDR verlegen würden. Es sei eine Frage der Formulierung.

Präsident Gorbatschow stimmt dem Bundeskanzler zu. Er macht jedoch geltend, daß keine ausländischen Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR nach dem Abzug der sowjetischen Truppen stationiert werden dürften.

Der Bundeskanzler bemerkt, man müsse ehrlich sein, wenn man über Gegensätze rede. Heute könne er keine Lösung anbieten, die man fixieren könne. Er wolle es aber versuchen. Im Augenblick sei er überfragt.

Präsident Gorbatschow wiederholt, daß das vereinigte Deutschland NATO-Mitglied werden könne, daß Artikel 5 und Artikel 6 des NATO-Vertrags vor und nach dem Abzug der sowjetischen Truppen für das ganze Deutschland gelten. Er fragt, ob der Bundeskanzler in seinem Brief eine diesbezügliche Absichtserklärung abgebe. Eine Formulierung könne später gefunden werden.

Der Bundeskanzler bemerkt, er habe seine Meinung zur Sache vorgetragen. Über Formulierungen brauche man sich jetzt nicht zu unterhalten.

BM Genscher fügt hinzu, daß vor dem Abzug der sowjetischen Truppen nur nichtintegrierte Verbände der Bundeswehr auf dem Gebiet der heutigen DDR stationiert sein sollten; danach könnten auch der NATO unterstellte Truppen dorthin verlegt werden.

Präsident Gorbatschow bejaht dies. Es dürften jedoch keine ausländischen Truppen und keine Nuklearwaffen dorthin verlegt werden.

3 Nr. 184 Anm. 2.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die volle Souveränität Deutschlands bedeute, jede Art deutscher Truppen dürfe nach dem Abzug der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR stationiert werden mit Ausnahme nuklearer Träger. Es dürften jedoch keine ausländischen Truppen dort stationiert werden.

Präsident Gorbatschow kommt auf das Schlußdokument der 2+4-Verhandlungen zu sprechen. Dort werde die Souveränität Deutschlands festgelegt. Der bilaterale Vertrag könne jedoch nicht publiziert werden, weil ein vereinigtes Deutschland noch nicht vorhanden sei und er deshalb nicht abgeschlossen werden könne. Man solle deshalb daran denken, evtl. im Abschlußdokument eine Zeile anzufügen, daß über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR ein bilateraler Vertrag abgeschlossen werden solle. Der Bundeskanzler sieht hierin kein Problem. Man könne dies heute der Öffentlichkeit schon mitteilen. Er stellt die Frage nach den Vorstellungen der sowjetischen Seite bezüglich der Länge des Aufenthalts und der Zahl der sowjetischen Truppen in der DDR.

Präsident Gorbatschow antwortet, die Sowjetunion denke an 195 000 Mann sowjetischer Truppen. Der Abzug solle in 5 bis 7 Jahren erfolgen.

Der Bundeskanzler weist Präsident Gorbatschow darauf hin, daß er am Vortag von 3–4 Jahren gesprochen habe. Er halte diesen Zeitraum auch für realistisch. Das Problem werde nicht bei uns liegen. Die sowjetischen Soldaten erlebten in der DDR eine wirtschaftlich völlig veränderte Umwelt. Er rate dringend aus der sowjetischen Interessenlage heraus zu einer Zeitdauer von nur 3 Jahren. Er werde sich jedoch nicht verkämpfen, ob schließlich 3 oder 4 Jahre das Ergebnis seien. Die deutsche Seite könne bei der Umschulung von Soldaten in Zivilberufe helfen. Dies habe er ja auch mit Präsident Gorbatschow besprochen. Er habe verstanden, daß es bei der Rückführung Probleme bei der Unterbringung gebe. Direkt könnten wir diese Probleme nicht lösen. Es sei Sache der sowjetischen Seite, Wohnungen zu bauen.

Präsident Gorbatschow begrüßt die Ausführungen des Bundeskanzlers und fügt hinzu, er höre dies mit großer Befriedigung. Die sowjetische Armee sei noch nicht einmal um eine halbe Million Mann reduziert worden und schon jetzt gebe es eine verschärfte Lage, die sich noch weiter zuspitzen werde.

Der Bundeskanzler wirft ein, daß im Rahmen der Wirtschaftshilfe auch der Bausektor berücksichtigt werde.

Präsident Gorbatschow weist darauf hin, daß die Wirtschaftslage sich verändern werde. Sitarjan solle mit BM Waigel über diese Fragen sprechen.

Das Gespräch wendet sich wirtschaftlichen Fragen zu (Wiedergabe ist nicht vollständig).

Der Bundeskanzler führt aus, daß diese Fragen auf der Ebene der führenden Beamten besprochen werden sollten; die Minister sollten jedoch eingeschaltet werden.

Präsident Gorbatschow fordert, es müßten Lösungen in bezug auf die Kooperationsverbindungen von Betrieben der DDR mit Betrieben der Sowjetunion gefunden werden. Hieran bestehe ein großes Interesse. Man dürfe auch nicht vergessen, daß sehr viel Erfahrung der DDR-Unternehmen mit dem sowjetischen Markt vorliege. Diesen Umstand sollte man berücksichtigen.

Sitarjan ergänzt, daß man nach Kompensationsformeln suchen müsse. Er weist darauf hin, daß zur Zeit der Unterhalt der sowjetischen Streitkräfte in der DDR den Gegenwert von 6 Millionen Tonnen Erdöl koste. Wenn man keine Änderungen vornehme, koste künftig die Stationierung der sowjetischen Truppen den Gegenwert von 17 Millionen Tonnen Erdöl in DM. Dies sei soviel wie die gesamten derzeitigen Erdöllieferungen der Sowjetunion an die DDR. Er meine, der ganze Komplex müsse nochmals durchdacht werden.

Präsident Gorbatschow bemerkt, er sei für die Aussage des Bundeskanzlers in bezug auf die sowjetischen Truppen in der DDR sehr empfänglich. Hier müsse eine Lösung gefunden werden, damit bei den Soldaten keine Unruhe entstehe. Dies könne Einfluß auf die ganze Armee haben.

Sitarjan fährt fort, daß auch die Frage des Eigentums des sowjetischen Verteidigungsministeriums in der DDR nach dem Abzug der sowjetischen Truppen gelöst werden müsse. Eine weitere Fragengruppe sei bereits erwähnt worden. Die bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Betrieben der DDR und sowjetischen Betrieben dürften nicht leiden. Man könne diese Frage vielleicht im Lichte des Vorschlags von Ryschko⁴ lösen. Jedenfalls dürfe die Angelegenheit nicht in die Länge gezogen werden. Eine weitere Gruppe von Fragen könne nach der Vereinigung Deutschlands durch den Abschluß eines umfassenden Zusammenarbeitungsvertrags auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik gelöst werden.

BM Waigel führt aus, in den letzten Monaten habe man sich sehr engagiert um eine Lösung dieser Fragen bemüht. In dem Staatsvertrag mit der DDR habe man ausdrücklich einen Vertrauensschutz für die RGW-Länder gewährt. Er sehe Schwierigkeiten, aber auch große Chancen für beide Seiten.

Präsident Gorbatschow macht darauf aufmerksam, daß ab 1. Januar 1993 die Abrechnung zwischen den RGW-Ländern in frei konvertierbarer Währung erfolge.

BM Waigel fährt fort, er habe mit Sitarjan auch die Frage besprochen, wie Lieferungen der Sowjetunion verstärkt werden könnten, z. B. durch Erhöhung des Erdgasexports um 3 Mrd. m³. Damit könnten auch große Umweltprobleme in der DDR gelöst werden. In Houston sei auch eine Zusage für technische Hilfe gegeben worden.⁵

Präsident Gorbatschow bemerkt im Zusammenhang mit dem Ergebnis von Houston, er habe verstanden, daß man den 4. November (US-Wahlen)⁶ im Auge behalten müsse. Aber er befürchte, daß das Paket hinterher in Washington vom IWF verschnürt werde. Er hoffe, daß es keine Aufweichung der Haltung des Bundeskanzlers geben werde. In der Sowjetunion werde in allen Bereichen der Übergang zum Markt vorbereitet. Er habe auch das Signal des Bundeskanzlers verstanden, es sei wichtig, bis zum Herbst ein Programm des Übergangs zum Markt vorzulegen.

Der Bundeskanzler bejaht dies.

BM Waigel fährt fort, es sei für alle Bereiche wichtig, daß Garantien von uns nur übernommen werden könnten, wenn das Investitionsschutzabkommen ratifiziert sei.

Präsident Gorbatschow spricht sich für enge Zusammenarbeit aus. Die sowjetische Seite habe keine Angst vor einer Abhängigkeit von Deutschland; Deutschland dürfe umgekehrt auch keine solchen Ängste hegen.

Der Bundeskanzler bezeichnet als Vision des umfassenden Vertrags, eine neue Qualität der Beziehungen einzuleiten. Wir wollten aus dem Teufelskreis der jüngsten Geschichte herauskommen. Die Sowjetunion sei unser wichtigster Partner im Osten. Unser Interesse sei es, daß Gorbatschow Erfolg habe. Das Weitergehen der Sowjetunion auf dem eingeschlagenen Weg sei im sowjetischen, deutschen, europäischen und westlichen Interesse. Entscheidend sei, was in den nächsten Monaten in der SU passiere. Wenn das Reformprogramm klar sei, ändere sich die psychologische Situation. Wenn Gorbatschow um Experten zur Ausarbeitung des Reformprogramms bitte, würden wir sofort reagieren. Die Debatte in Dublin⁷ und in Houston habe die Chance eröffnet, etwas Gutes zu Wege zu bringen. Er werde sich voll engagieren. Die Summe, die in Frage stehe, übersteige jedoch die deutsche Kraft. Gestern habe er mit Gorbatschow schon besprochen, daß er mit Delors diese Frage aufnehmen wolle, der sehr engagiert sei und auch eine klare Rückendeckung bei Mitterrand habe sowie die Mehrheit der EG-Staaten hinter sich habe. Es wäre klug, wenn Gorbatschow Andreotti

4 Dazu Nr. 360.

5 Nr. 344A Anm. 17.

6 Nr. 350 Anm. 9.

7 Nr. 344B Anm. 19.

als amtierenden Präsidenten der EG ins Gespräch ziehen würde. Andreotti sei sehr für den Gedanken einer Unterstützung der Sowjetunion, und wenn Italien eine führende Rolle spielen könne, sei dies sehr gut. Er sei überzeugt, insbesondere nach dem heutigen Ergebnis, daß auch Präsident Bush dafür sei. Am 3. November werde der Sonder-EG-Gipfel in Rom stattfinden.⁸ Bis dahin müßten wir wissen, was wir wollten.

Präsident Gorbatschow faßt zusammen, worüber man sich jetzt einig geworden sei. Man sei einig über die Bedingungen des Aufenthalts der sowjetischen Truppen. Ryschkow werde einen Brief an den Bundeskanzler schreiben betreffend die Unternehmen in der DDR, die mit sowjetischen Unternehmen zusammenarbeiten.⁹ Ein weiterer Punkt sei die Behandlung des Eigentums des sowjetischen Verteidigungsministeriums in der DDR nach dem Abzug der sowjetischen Truppen.

BM Genscher macht darauf aufmerksam, daß uns nicht bekannt sei, worin dieses Eigentum bestehe.

Der Bundeskanzler fügt hinzu, daß über diese Frage verhandelt werden müsse.

Präsident Gorbatschow fährt fort, daß eine Konzeption für den Übergang zum Markt von der sowjetischen Seite vorgelegt werde.

Der Bundeskanzler spricht erneut die Frage der Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Truppen an. Es müsse nicht heute entschieden werden, ob diese Truppen 3 oder 4 Jahre auf dem Gebiet der heutigen DDR bleiben.

Präsident Gorbatschow stimmt zu. Es müsse nicht gleich entschieden werden.

BM Genscher fragt, ob man sich einig sei, daß der Aufenthalt sich in diesem Zeitrahmen bewege.

Präsident Gorbatschow bemerkt, die sowjetischen Truppen sollten sich 3 bis 4 Jahre auf dem Gebiet der heutigen DDR aufhalten, dann erfolge der Abzug.

Der Bundeskanzler widerspricht. Er habe auch innenpolitische Probleme. Wenn man im Parlament über Hilfe an die Sowjetunion spreche z. B. für den Bau von Wohnungen, müsse er sagen können, daß sich der Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf 3 bis 4 Jahre beschränke.

Präsident Gorbatschow ist dafür, diese Aussage zu machen, aber im Gesamtzusammenhang.

BM Genscher unterstreicht, daß es nicht wichtig sei, wann der erste Soldat gehe, sondern wann der letzte Soldat gehe.

Er faßt nochmals zusammen: Man sei einig, daß durch einen großen umfassenden Vertrag die deutsche Vereinigung zu einem Gewinn für beide Seiten werde. Zur Stärke der Bundeswehr nach der Vereinigung wolle er einen Gedanken äußern. Unsere Auffassung sei es, daß in den Wiener Verhandlungen die nationalen Höchststärken für die Luft- und Landstreitkräfte aller Teilnehmerstaaten vereinbart werden sollen. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung solle kein Teilnehmerstaat die Truppenstärke erhöhen. Deutschland sei bereit, eine Erklärung abzugeben, wie stark die deutschen Luft- und Landstreitkräfte sein sollten. Diese Verpflichtung werde völkerrechtlich verbindlich zusammen mit einer Gesamtregelung für alle Teilnehmerstaaten in Wien II. Wir würden jetzt diese Erklärung in der Erwartung abgeben, daß es zu Wien II komme. Wir würden mit der Reduzierung sofort nach Abschluß von Wien I beginnen. Die Reduzierung würde so erfolgen, daß mit dem vollständigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der heutigen DDR unser Reduzierungsziel erreicht sei. Unabhängig davon, was sich sonst ergebe.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß insofern ein Zusammenhang mit der Frist von 3 oder 4 Jahren bestehe.

8 Zur Sondertagung des Europäischen Rates trafen die Staats- und Regierungschefs am 27./28. Oktober 1990 in Rom zusammen (Schlußfolgerungen des Vorsitzes mit Anlagen in: Bulletin. Nr. 128. 6. November 1990, 1333–1338).

9 Nr. 360.

Präsident Gorbatschow erkundigt sich nach der Zahl der deutschen Truppen nach der Reduzierung.

Der Bundeskanzler bezieht sich auf seine Äußerung vom Vortag.

Präsident Gorbatschow möchte eine Antwort auf die Frage, ob die Finanzierung des Aufenthalts der sowjetischen Truppen in der heutigen DDR für die folgenden Jahre wie 1990 – zumindest im Prinzip – erfolge. Wenn der erste Bereich betreffend die Streitkräfte und den zeitlichen Rahmen gelöst werde, müsse man auch Klarheit über die Bedingungen finanzieller Art haben.

Der Bundeskanzler wirft ein, wobei von 195 000 Mann ausgegangen werde.

Präsident Gorbatschow bemerkt, man müsse von der Zahl ausgehen, die es gebe.

BM Genscher erläutert, daß in dem verabredeten Brief des Bundeskanzlers Klarheit geschaffen werden solle. Er macht darauf aufmerksam, daß die für das zweite Halbjahr 1990 gefundene Regelung nicht automatisch verlängert werden könne. Die Mittel, die z. B. für die Umschulung usw. bereitgestellt würden, müßten auch berücksichtigt werden. Es dürfe keinen Vertrag geben, in dem wir Stationierungskosten bezahlen. Dies sei nicht eine Frage der Höhe der Kosten. Es gebe aber Streitkräfte anderer Länder in der Bundesrepublik Deutschland, für die die Bundesrepublik keine Stationierungskosten zahle. Man dürfe keine Begehrlichkeiten wecken. Man dürfe den Vertrag über die finanziellen Fragen nicht Vertrag über Stationierungskosten nennen.

Präsident Gorbatschow bezeichnet eine Einigung über die Benennung des Vertrags als nicht schwierig, falls das Verständnis sei, daß die veränderten Bedingungen für den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in der heutigen DDR zusätzliche Ausgaben erforderten.

Der Bundeskanzler betont das deutsche Interesse am Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb der vereinbarten Frist sowie unser Interesse daran, daß der Abzug der Sowjetunion nicht zu viele Schwierigkeiten bereite. Man müsse Wege finden, um zu helfen, wie z. B. Wohnungsbau, technische Hilfe bei der Umschulung usw. Er wolle keine Diskussion in Deutschland darüber, daß Deutschland souverän sei und noch Stationierungskosten zahle. Er sichert Präsident Gorbatschow zu, eine befriedigende Lösung zu finden und wiederholt, er wolle dessen Schwierigkeiten nicht erhöhen.

Präsident Gorbatschow bezeichnet als sowjetisches Problem, daß man sich heute schon darüber Gedanken machen müsse, wie ab dem 1. Januar 1991 die sowjetischen Truppen in der DDR unterhalten werden. Diese Frage müsse heute gelöst werden, damit alles klar sei. Ein zweites Problem seien die enormen mit dem Rücktransport verbundenen Kosten. Ein dritter Problemkreis betreffe die Unterbringung und Versorgung der zurückgekehrten Truppen im eigenen Land. Man müsse überlegen, wie man das machen wolle. Die deutsche Beteiligung am Unterhalt der Truppen in der DDR müsse heute schon klarwerden.

Der Bundeskanzler wirft das Wort „Überleitungsvertrag“ in die Debatte.

BM Genscher formuliert „Überleitungsvertrag betreffend die finanziellen Auswirkungen der Einführung der DM im Gebiet der DDR“. Er fährt fort, unser Verständnis sei, daß dadurch diese Kosten gedeckt würden, ohne daß dies ausdrücklich gesagt werde.

BM Waigel bemerkt, hier sollten auch allgemeine außenwirtschaftliche Fragen einbezogen werden, wie die Neubewertung des Transfer-Rubels.

Präsident Gorbatschow wirft ein, alles, was mit der Währungsumstellung zu tun habe, solle geregelt werden.

BM Genscher weist darauf hin, daß der Überleitungsvertrag zeitlich befristet werden müsse.

Präsident Gorbatschow betont, daß die Ausgaben sich parallel zum fortschreitenden Abzug der Truppen reduzieren würden. Dieser Abzug solle innerhalb von 3 bis 4 Jahren erfolgen. Es würden also zwei Verträge geschlossen, nämlich ein Vertrag über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in der jetzigen DDR und ein Überleitungsvertrag. Er stellt die Frage, ob man die Öffentlichkeit hiervon unterrichten solle.

Der Bundeskanzler bejaht diese Frage.

AM Schewardnadse bestätigt nochmals den Abzugstermin der sowjetischen Truppen innerhalb der nächsten 3–4 Jahre. Ihm sei die Obergrenze der gesamtdeutschen Bundeswehr noch nicht ganz klar. Man wisse nicht, wann Wien II beginne. Es gebe keine Verbindung der deutschen Reduzierung mit dem Abzug der sowjetischen Truppen.

Der Bundeskanzler bemerkt, die gesamtdeutsche Bundeswehr könne innerhalb von 3–4 Jahren auf 370 000 Mann reduziert werden.

BM Genscher ergänzt, daß wir bei den Wiener Verhandlungen eine Erklärung abgeben könnten, daß in vier Jahren die Streitkräfte des vereinigten Deutschland auf 370 000 Mann reduziert würden. Die Reduzierung beginne mit dem Inkrafttreten von Wien I. Ferner würden wir in Wien dafür eintreten, daß bei Wien II alle 23 Staaten sich verpflichten, nationale Höchststärken festzulegen und ihre Streitkräfte nicht zu erhöhen. Wir würden dann unsere Reduzierung in Wien II völkerrechtlich verbindlich machen. De facto sei die Reduzierung allerdings bis dahin vielleicht schon vollendet. Er sehe kein Problem darin, wenn im Rahmen der 2+4-Verhandlungen diese Erklärung zur Kenntnis genommen werde.

Präsident Gorbatschow erklärt sein Einverständnis hiermit.

BM Genscher fährt fort, in bezug auf die Grenzfrage werde er sich morgen in Paris¹⁰ so verhalten, wie dies mit AM Schewardnadse besprochen worden sei. Polen stelle drei zusätzliche Forderungen. Es wolle die deutsche Souveränität erst dann, wenn der Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen sei. Wir seien hiermit nicht einverstanden. Es bestehe kein Bedürfnis für ein solches Vorgehen. Er wolle nochmals auf die Erklärungen des Bundestags und der Volkskammer zum Abschluß eines Grenzvertrags hinweisen. Das Dokument werde auch besagen, woraus das vereinigte Deutschland bestehe. Die polnische Seite fordere ferner, daß wir unser innerstaatliches Recht ändern. Hierzu habe er bei den 2+4-Verhandlungen gesagt, daß die Bestimmungen beseitigt oder verändert würden, die durch die deutsche Vereinigung überflüssig würden. Dazu stünden wir. Es sei aber unser souveränes Recht. Die polnische Seite fordere weiterhin, daß die Grenzen zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen grundsätzlicher Bestandteil einer Friedensregelung für Europa würden. Es sei für uns nicht annehmbar, eine besondere Regelung für die deutsch-polnische Grenze zu treffen.

Präsident Gorbatschow unterstreicht, daß es sich für Polen hier um eine Herzensfrage handle.

BM Genscher möchte sicher sein, daß die sowjetische Seite diese Frage ebenso wie wir beurteile.

Der Bundeskanzler wirft ein, mit der Grenze gebe es kein Problem. Wir bekämen jedoch ein erhebliches innenpolitisches Problem, wenn die deutsch-polnische Grenze zu der Grenze in Europa gemacht werde.

BM Genscher fragt, ob man in der Sache einig sei.

AM Schewardnadse bejaht diese Frage.

BM Genscher möchte eine letzte Bemerkung machen. In Wien seien die Land- und Luftstreitkräfte Gegenstand der Verhandlungen. Bei der Zahl von 370 000 Mann, die von uns genannt worden sei, sei auch die Marine einbezogen. Es müsse aber auch klar sein, daß dies kein Präjudiz für den Verhandlungsgegenstand in Wien darstelle.

AM Schewardnadse erklärt sich hiermit einverstanden.

Präsident Gorbatschow fragt, was man vor der Presse erklären wolle. Man müsse vermeiden, den Eindruck zu erwecken, als ob man für die 2+4 entschieden habe. Der Ausgangspunkt müsse sein, daß man die 2+4-Verhandlungen vorbereitet habe.

10 Nr. 354 – Nr. 354B.

BM Genscher formuliert, die Verhandlungen hätten der Klärung von Fragen gedient, die wichtig für die 2+4-Verhandlungen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung seien. Präsident Gorbatschow fährt fort, man müsse die Position darlegen. Die erste Frage an den Bundeskanzler werde sein, ob er dem NATO-Beitritt Gesamtdeutschlands zugestimmt habe. Man werde sagen, Gorbatschow habe dies gegen die Gewährung von Krediten verkauft. Das sei aber nicht richtig. Es sei Realpolitik betrieben worden. Man müsse sagen, Deutschland erhalte die volle Souveränität. Der vereinigte deutsche Souverän müsse über die Bündniszugehörigkeit entscheiden.

Der Bundeskanzler spricht zunächst eine Einladung an Präsident Gorbatschow und Frau Gorbatschowa aus, Deutschland im nächsten Jahr zu besuchen. Er wolle sie gerne in seiner Heimat empfangen. Gegenüber der Presse wolle er erklären, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen für die Zukunft Europas von schicksalhafter Bedeutung seien. Hierüber sei man sich bei den Gesprächen einig gewesen.¹¹ Er wolle darauf hinwirken, daß alle Politikbereiche in diese Beziehungen einbezogen würden. Man müsse gemeinsam die äußeren Aspekte der deutschen Einheit rechtzeitig vor dem KSZE-Gipfel lösen. Es bestehe Übereinstimmung darüber, daß das vereinigte Deutschland die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Berlin umfasse, die uneingeschränkte Souveränität erhalte, was bedeute, daß die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten abgelöst würden. Das vereinigte Deutschland entscheide selbst entsprechend der KSZE-Schlußakte, welchem Bündnis es angehören wolle. Es sei bekannt, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland, die Mitgliedschaft in der NATO wollten. Das vereinigte Deutschland werde mit der Sowjetunion einen bilateralen Vertrag abschließen zur Abwicklung des Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der jetzigen DDR innerhalb von 3 bis 4 Jahren sowie einen Überleitungsvertrag über die wirtschaftlich-finanziellen Auswirkungen der Einführung der DM in der DDR ab 1991. Ferner werde er mitteilen, daß er die Vier Mächte zum Abschluß bilateraler Verträge betreffend die Präsenz ihrer Truppen in Berlin einladen werde. Er werde den Verzicht auf ABC-Waffen auch für das vereinigte Deutschland bekräftigen sowie bestätigen, daß auch das vereinigte Deutschland dem Nichtverbreitungsvertrag¹² weiter angehören werde. Deutsche, nicht in die NATO integrierte Streitkräfte könnten in der DDR und Berlin schon vor dem Abzug der sowjetischen Truppen stationiert werden. Die Obergrenze der gesamtdeutschen Streitkräfte würde 370 000 Mann betragen. Er werde im Sinne dieser Vereinbarung auch mit der DDR sprechen. Ferner werde über weitere Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gesprochen.

Präsident Gorbatschow erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Bundeskanzler spricht noch ein weiteres Thema an. Man müsse bald über die Frage der in der Sowjetunion lebenden Deutschen sprechen. In unserem Interesse liege es nicht, daß diese Menschen die Sowjetunion verließen.

Präsident Gorbatschow bemerkt hierzu, die sowjetische Seite müsse nachdenken. Das Gebiet Uljanowsk könne einen Teil dieser Menschen aufnehmen. Probleme gebe es in den Gebieten Saratow und Wolgograd, die früher auch Siedlungsgebiete der Wolgadeutschen gewesen seien.

Der Bundeskanzler bringt seinen Wunsch zum Ausdruck, daß in diese Richtung gearbeitet werde. Er schlägt vor, BM Schäuble nach Moskau zu entsenden, um Informationen zu erhalten.

11 Bundeskanzler Kohl gab am 16. Juli 1990 nachmittags auf einer Pressekonferenz in der kaukasischen Stadt Schelesnowodsk die Ergebnisse der Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow in einer acht Punkte umfassenden Erklärung bekannt (Protokoll der Pressekonferenz in: Klein, Es begann im Kaukasus, 305–353, hier 306f.; Erklärung, Meldung AP/16.7.90/1648, in: Ostinformationen. Nr. 134. 17. Juli 1990, 1; BPA/PA, F 1/22).

12 Nr. 166 Anm. 5.

Präsident Gorbatschow hält ein solches Vorgehen für zu demonstrativ. Es würde sicherlich zu Demonstrationen vor der Kreml-Mauer führen. Er schlägt vor, daß der sowjetische Innenminister BM Schäuble einlädt, um über die Bekämpfung des internationalen Verbrechertums zu sprechen. Dann würde diese Einladung kein Problem darstellen. BM Schäuble würde eingeladen werden.

Der Bundeskanzler erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Neuer

Nr. 354
Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier
unter zeitweiliger Beteiligung Polens
Paris, 17. Juli 1990

BK, 214 – 33000 De 39 NA 4 Bd. 4. – Vorlage des MDg Hartmann über Chef BK an den Bundeskanzler zur Unterrichtung, hs. ergänzt: „je gesondert“, 18. Juli 1990. Abgezeichnet: „Seiters“.

1. Die Vormittagssitzung (ohne polnische Beteiligung) beschränkte sich im wesentlichen auf einen Meinungs austausch über den Stand der bisherigen Beratungen. AM Dumas als Vorsitzender würdigte ausdrücklich die Ergebnisse, die im Gipfelgespräch zwischen Ihnen und Präsident Gorbatschow erreicht worden seien,¹ und unterstrich, daß die Erklärung des NATO-Gipfels in London² entscheidende sicherheitspolitische Weichen gestellt habe. Beides habe den Weg freigemacht für einen baldigen Abschluß der „2+4“-Gespräche.

AM Schwardnadse schloß sich dieser Einschätzung ausdrücklich an. Die Londoner Erklärung bedeute einen Wendepunkt und die Beendigung des Kalten Krieges. Man gehe jetzt auf eine Art „Allianz“ zwischen den Blöcken zu. Die Begegnung zwischen Ihnen und Präsident Gorbatschow habe in einem ganz neuen Rahmen stattgefunden. Die Gespräche im Kaukasus hätten zwar nicht alle deutschen Probleme gelöst, aber die wesentlichen Fragen seien nunmehr geklärt. Es sei ein neues Verständnis entstanden, das es ermögliche, im Rahmen von „2+4“ nunmehr ein abschließendes Dokument zu erarbeiten. Ein erster Entwurf sollte bis zum nächsten AM-Treffen am 12. September in Moskau³ vorliegen.

BM Genscher berichtete kurz über die Gespräche mit der sowjetischen Führung und erwähnte die positive Resonanz, die diese bei den anderen Teilnehmerstaaten gefunden hätten. Auch AM Hurd und AM Baker unterstrichen den Erfolg Ihrer Gespräche in der Sowjetunion. AM Meckel wertete ebenfalls deren Ergebnisse als „entscheidenden Schritt“, erklärte aber unter Anspielung auf die entsprechende Passage über den ABC-Waffen-Verzicht, daß nach Auffassung der DDR künftig auf deutschem Boden Nuklearwaffen auch nicht stationiert werden sollten.

Festzuhalten bleibt auch, daß DDR-StS Misselwitz bei einer kurzen Sitzung der politischen Direktoren, in der der vorliegende Fragenkatalog für das Abschlußdokument aufgrund der Gesprächsergebnisse [in] der SU bereinigt werden sollte, rundweg erklärte, die DDR müsse sich ihre Position weiterhin vorbehalten, da sie offiziell von dem Ergebnis nicht unterrichtet sei und im übrigen auch in der Sache noch Vorbehalte habe (!).

1 Nr. 350, Nr. 352 und Nr. 353.

2 Nr. 344A Anm. 8.

3 Nr. 421 Anm. 1.